



30 JAHRE

EUROPA
MINISTER
KONFERENZ

**Mitgestaltung
der Europapolitik**



Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei sowie Europaminister und Kulturminister des Landes Sachsen-Anhalt, ist Vorsitzender der Europaministerkonferenz vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2023.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

am 28./29. September 2022 – und damit beinahe auf den Tag genau 30 Jahre nach ihrer Gründung – hatte ich die Ehre und Freude, als Europaminister und amtierender Vorsitzender der Europaministerkonferenz (EMK) meine Amtskolleginnen und -kollegen der Länder zur 90. Europaministerkonferenz in Dessau-Roßlau begrüßen zu dürfen.

Seit ihrer Gründung am 1./2. Oktober 1992 und damit seit drei Jahrzehnten bringt sich die EMK als Fachministerkonferenz bei der Gestaltung der Europäischen Union (EU) als eine Stimme der deutschen Länder aktiv ein. In dieser Zeit hat sich die Europäische Union grundlegend gewandelt: Statt damals 12 Mitgliedstaaten gibt es heute 27. Nach den institutionellen Reformen – vom Maastrichter Vertrag über den Amsterdamer Vertrag, den Vertrag von Nizza bis zum Vertrag von Lissabon – ist die Europäische Union in der Form entstanden, wie wir sie heute kennen.

Eine Stärke der EMK war und ist es, im Wechselspiel mit der formellen Beteiligung der Länder über den Bundesrat auf Grundlage von Artikel 23 Grundgesetz die gemeinsamen europapolitischen Interessen der Länder zu bündeln und sowohl gegenüber dem Bund als auch den Europäischen Institutionen zu artikulieren. Sie übernimmt aber auch eine wichtige Rolle in der Förderung des Geistes der europäischen Integration und in der Koordinierung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Die vielfältigen Aktionen, die Bürgerinnen und Bürger alljährlich im Rahmen der Europawochen überall in der Bundesrepublik erleben können, sind nur ein Beispiel dafür.



Die 90. Sitzung der
Europaministerkonferenz am 28.
und 29. September 2022 in Dessau-
Roßlau stand auch im Zeichen
des 30. Jubiläums der EMK.

30 Jahre EMK – das bedeutet auch unzählige Menschen, die sich
gemeinsam für die europäische Sache eingebracht haben, sei es
in politisch verantwortlicher Funktion, sei es als Gesprächspartnerin
oder Gesprächspartner oder sei es als Person, welche die
Konferenz inhaltlich oder organisatorisch begleitet hat.

Für Ihr Engagement herzlichen Dank!

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit soll diese Broschüre Eindrücke von
der Arbeitsweise und dem Wirken der EMK während der letzten drei
Jahrzehnte vermitteln. Am Schluss der Broschüre hat sich auch die
Wissenschaft mit der Rolle der EMK beschäftigt – ihre Empfehlungen
und Zukunftsvisionen bieten Anreiz zur kritischen Reflektion und
können zugleich Grundlage für einen Blick nach vorn sein.

Ihr Rainer Robra
Vorsitzender der EMK 2022/2023

Jubiläumskonferenz
der EMK am 28./29.
September 2022 in
Dessau-Roßlau –
die EMK-Mitglieder
tagten nach 30 Jahren
zum 90. Mal.



Inhaltsverzeichnis

 Was ist die EMK?	06
Entstehung und Zielsetzung	07
Struktur und Arbeitsweise	08
Ständige Arbeitsgruppe der EMK	11
Unterarbeitsgruppe Europapolitische Kommunikation	12
Abgrenzung zum Bundesrat, zur Ministerpräsidentenkonferenz, zu anderen Fachministerkonferenzen	13
 Wer sind die Mitglieder der EMK?	14
Übersicht der amtierenden EMK-Mitglieder	14
Vorstellung der Ständigen Gäste der EMK	20
Stimmen der Ständigen Gäste der EMK	21
Auswärtiges Amt	21
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	22
Bundesrat	23
Vertretung der EU-Kommission in Deutschland	24
Verbindungsbüro des EU-Parlaments in Deutschland	25
Beobachter der Länder bei der EU	26
 Rückblick über 30 Jahre Schaffenskraft	28
Themen der EMK	28
Konferenzen	32
Schlaglichter – die EMK im Wandel der Zeit	34
 Ausblick – Visionäre Flashlights zur Weiterentwicklung der EMK	44
 Fotonachweise	46
 Impressum	48

Was ist die Europaministerkonferenz?

Die EMK-Mitglieder zeigen Einigkeit im Rahmen der 83. Europaministerkonferenz am 18. Juni 2020, die unter dem Vorsitz von Rheinland-Pfalz in Berlin stattfand.



Die Europaministerkonferenz (EMK) als eine der über 20 verschiedenen Fachministerkonferenzen in Deutschland koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Länder bei ihrer Interessensvertretung in Europaangelegenheiten gegenüber den Organen des Bundes und der Europäischen Union, der Abstimmung ihrer europapolitischen Aktivitäten und ihrer europapolitischen Kommunikation zur Förderung des europäischen Gedankens.

Als ihre Mitglieder fungieren jeweils die in den Ländern für die Europapolitik zuständigen Personen im Minister-, Senator-, Staatssekretär- oder Staatsratsrang.



www.europaminister.de

Entstehung und Zielsetzung

Am 1./2. Oktober 1992 konstituierte sich die EMK in Wildbad Kreuth (Bayern) als eigene Fachministerkonferenz, um der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union für die Länder gerecht zu werden.

Zuvor hatte sich bereits eine von der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) eingesetzte Europakommission von Ende 1990 bis Anfang 1992 für die Wahrung und Durchsetzung von Länderinteressen im Rahmen der Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Maastricht-Vertrages eingesetzt. Der im Februar 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht brachte wesentliche Änderungen mit Auswirkungen auf die Kompetenzen von Bund und Ländern mit sich, die eine Neuausrichtung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern erforderlich machten.

Diese Neuausrichtung wurde im Zusammenhang mit der Beratung der Begleitgesetze zum Vertrag von Maastricht ausgehandelt. In dieser Sache trafen sich die für Europafragen zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren mehrmals in informeller Runde. Die zunächst informelle Runde wurde im Jahr 1992 durch die Einrichtung einer eigenen Fachministerkonferenz formalisiert, so dass der wachsenden Bedeutung der Europäischen Union für die Länder Rechnung getragen werden konnte: Die Geburtsstunde der Europaministerkonferenz.



Der Konstituierungsbeschluss der EMK aus dem Jahr 1992 ist sozusagen das Gründungsdokument der Fachministerkonferenz.

Europaminister Rainer Robra (Sachsen-Anhalt) im Gespräch mit Klaus Suchanek (Referatsleiter für Europapolitik Schleswig-Holstein). Klaus Suchanek begleitete die EMK auf Arbeitsebene über viele Jahre.



Struktur und Arbeitsweise

Die EMK befasst sich mit europapolitischen Themen, die Bedeutung für die deutschen Länder haben. Dabei handelt es sich in der Regel um übergeordnete Querschnittsthemen grundsätzlicher Art oder die grundsätzliche Ausrichtung von Fachpolitiken der Europäischen Union, weniger um einzelne Legislativvorhaben. Ein Schwerpunkt liegt in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union, insbesondere in der Interessenswahrnehmung gegenüber dem Bund mit Blick auf die Mitwirkungsrechte der Länder.

Die EMK tagt in der Regel bis zu dreimal im Jahr auf Einladung des Vorsitzes. Dieser rotiert jährlich von Juli bis Juni des Folgejahres in alphabetischer Folge zwischen den 16 deutschen Ländern. Rheinland-Pfalz stellte 1992 den ersten Vorsitz. Ab Juli 1993 folgten – beginnend mit Baden-Württemberg – die anderen Länder jeweils für 12 Monate. Symbolisch erfolgt der Vorsitzwechsel mit der Übergabe der Glocke der EMK.

In den letzten Jahren hat es sich als sinnvoll erwiesen, eine Sitzung pro Jahr in Brüssel durchzuführen, um dort den direkten Austausch mit Mitgliedern der EU-Kommission und anderen Vertretern der Organe der Europäischen Union zu suchen. Die weiteren Sitzungen finden je nach Bedarf im Vorsitzland oder in Berlin statt. In den letzten beiden Jahren erprobte die EMK erstmalig auch virtuelle Formate.



Das jeweilige Vorsitzland ist stets Träger der „Glocke“, die alljährlich symbolisch an das nachfolgende Land weitergegeben wird.



Sämtliche Beschlüsse der EMK werden veröffentlicht und sind im Internet abrufbar:
www.europaminister.de

Ein zusätzliches Austauschformat neben den Hauptkonferenzen, das des Öfteren am Vorabend oder zwischen zwei Sitzungstagen eingefügt wird, sind die sogenannten Kaminesgespräche. Sie dienen als informelle Treffen einer offenen Aussprache zu Themen auf politischer Ebene.

Im Vorfeld der Konferenzsitzungen ist eine getrennte Koordinierung der sogenannten „A- und B-Länder“ (entlang der politischen Einordnung in mehrheitlich SPD-geführte bzw. Unionsgeführte Länder; entscheidend ist grundsätzlich die Verortung des Europaressorts im Land) als Gelegenheit zur politischen Vorabstimmung möglich und üblich. Aktuell werden die A-Länder durch Niedersachsen, die B-Länder durch Hessen koordiniert. Die Koordinatoren haben die Aufgabe, auf Kompromissfindungen hinzuwirken. Sie bilden aber keine Zwischenebene in der Gremienhierarchie.

In der EMK hat jedes Land eine Stimme. Grundsätzlich streben die Mitglieder der EMK bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben Einvernehmen an. Mit ihrem Beschluss vom 26. Oktober 2005 im Rahmen der 41. Sitzung verständigten sie sich darauf, dass für Entscheidungen über Angelegenheiten mit Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und ihrer Einrichtungen sowie Entscheidungen über die Arbeitsweise der EMK weiterhin Einstimmigkeit erforderlich ist, andere Entscheidungen jedoch mit einer Mehrheit von 13 Stimmen getroffen werden.



Für ihre Sitzungen in Brüssel tagte die EMK in der Vergangenheit zum Teil auch im Ausschuss der Regionen (AdR), wie hier für die **61. EMK** unter dem Vorsitz von Brandenburg im März **2013**. Der AdR-Präsident Ramón Luis Valcárcel sowie der AdR-Generalsekretär Gerhard Stahl begrüßten dort die Gäste.

Die Mitglieder der EMK fassten i. R. d. **89. EMK** in Brüssel unter sächsischem Vorsitz einen Beschluss zu den aktuellen Herausforderungen der Europäischen Asyl- und Migrationspolitik.



Gerade wegen des Bestrebens nach Einstimmigkeit kommt den EMK-Beschlüssen gegenüber der Bundesregierung und den EU-Organen besonderes Gewicht zu. Der große europapolitische Konsens der Länder hatte in der Vergangenheit vielfach zu einer starken Verhandlungsposition geführt.

Im Rahmen der **90. Sitzung** am **28./29. September 2022** in Dessau-Roßlau verabschiedeten die EMK-Mitglieder auch einen Beschluss zu den aktuellen europapolitischen Herausforderungen im digitalen Zeitalter (v.l.: Christian Hillig, Referatsleiter EU-Angelegenheiten, Europaminister und EMK-Vorsitzender **2022/2023** Rainer Robra, Dr. Henrike Franz, Abteilungsleiterin Staatskanzlei Sachsen-Anhalt).





Die Arbeit der EMK wird vorbereitet und strukturiert durch die Ständige Arbeitsgruppe der EMK, welcher die leitenden Grundsatzreferenten der Mitglieder der EMK angehören. Das beinhaltet unter anderem die Erarbeitung und Abstimmung von Beschlussvorschlägen und etwaiger dazugehöriger Berichte, die politische Vorkoordinierung sowie das Monitoring von EMK-Beschlüssen.

Darüber hinaus koordiniert die Ständige Arbeitsgruppe europapolitische Vorgänge von länderübergreifendem Interesse, die mangels grundlegender politischer Bedeutung keiner Beschlussfassung der EMK bedürfen.

Um möglichst effizient arbeiten zu können und die jeweilige Betroffenheit und Interessenslage in den Ländern zu berücksichtigen, werden themenspezifisch sogenannte Berichterstattergruppen mit der Erarbeitung von Beschluss- oder Berichtsvorlagen oder der fortlaufenden Befassung beauftragt.



Die Ständige Arbeitsgruppe tagt regelmäßig im virtuellen und im Präsenzformat. So auch am **24./25. August 2022** im Festsaal des Palais am Fürstenwall der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

Unterarbeitsgruppe Europapolitische Kommunikation

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass europapolitische Kommunikation und dabei insbesondere die Förderung des Europagedankens in der Bevölkerung und die Herausstellung von Europa im Alltag anhand von Entscheidungen, Förderungen und Projekten eine Daueraufgabe ist, die eine langfristige und strategische Öffentlichkeitsarbeit erfordert. Eine Unterarbeitsgruppe der Ständigen Arbeitsgruppe (UAG) stimmt sich daher regelmäßig hierzu ab und koordiniert Projekte und Veranstaltungen mit Partnerinstitutionen. Ein wichtiges Element ist dabei auch der Austausch über Best-Practices der dezentralen europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit.

Die Mitglieder der UAG holen sich auch Input von Akteuren der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise am 7. September 2022 im Rahmen einer Sitzung in Halle (Saale): Die Europäische Akademie Berlin stellte das aktuelle Projekt „Unboxing Europe“ und die Anwendungsmöglichkeiten in den Ländern vor.



Die UAG arbeitet dabei eng mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland und der Bundesregierung sowie anlassbezogen auch mit weiteren Partnerinstitutionen bzw. Netzwerken wie z. B. der Europäischen Bewegung Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen.

Abgrenzung zum Bundesrat, zur Ministerpräsidentenkonferenz und zu anderen Fachministerkonferenzen

Während der Bundesrat als Verfassungsorgan des Bundes, vertreten durch die Landesregierungen, über Stellungnahmen, Entschließungen und gegebenenfalls Subsidiaritätsrügen zu einzelnen EU-Dossiers, insbesondere zu Legislativvorschlägen beschließt, befasst sich die konsensorientierte EMK mit übergeordneten Querschnittsthemen.

Die EMK bereitet deutsche Grundsatzthemen – beispielsweise die Positionierung der deutschen Länder zum Mehrjährigen Finanzrahmen oder die Anliegen der deutschen Länder zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft – für die Ministerpräsidentenkonferenz vor. Das Ziel ist auch hier eine gemeinsame Abstimmung von Positionen und gemeinsamer Artikulation und Durchsetzung dieser Positionen gegenüber Bund und Europäischer Union.

Die EMK arbeitet darüber hinaus mit den anderen Fachministerkonferenzen zusammen und beobachtet hierzu regelmäßig deren Befassung mit europapolitischen Themen. Eine bedeutsame Rolle kann die EMK übernehmen, wenn mehrere unterschiedliche Fachministerien betroffen sind und eine Koordinierung mit dem Ziel einer abgestimmten Meinungsbildung erforderlich ist.



Die Abstimmung europapolitischer Grundsatzthemen erfordert den engen und vertrauensvollen Austausch unter den Ländern, wie hier am Rande der 75. EMK in Hannover.

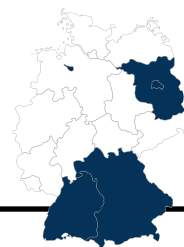


Staatsrätin Almut Möller (Hamburg) und Staatsrat Kai Stührenberg (Bremen) während der 89. EMK in Brüssel.



Wer sind die **Mitglieder der EMK?**

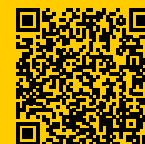
Mitglieder der EMK sind jeweils die in den Ländern für die Europapolitik zuständigen Personen im Minister-, Senator-, Staatssekretär- oder Staatsratsrang.



Baden-Württemberg

Florian Hassler Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa im Staatsministerium Baden-Württemberg (seit 2021)

Vorsitz 1993/1994 und 2009/2010



Bayern

Melanie Huml Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales (seit 2021)

Vorsitz 1994/1995 und 2010/2011





Berlin



Dr. Klaus Lederer Senator
für Kultur und Europa
(seit 2016)

Vorsitz 1995/1996 und 2011/2012





Brandenburg



Katrin Lange Ministerin
der Finanzen und für Europa
(seit 2019)

Vorsitz 1996/1997 und 2012/2013





Bremen



Kristina Vogt Senatorin für
Wirtschaft, Arbeit und Europa
(seit 2019)

Vorsitz 1997/1998 und 2013/2014





Hamburg

Almut Möller

Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten (seit 2019)

Vorsitz

1998/1999 und 2014/2015



Hessen

Lucia Puttrich

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund (seit 2014)

Vorsitz

1999/2000 und 2015/2016



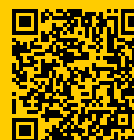
Mecklenburg-Vorpommern

Bettina Martin

Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (seit 2021)

Vorsitz

2000/2001 und 2016/2017





Niedersachsen



Wiebke Osigus Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (seit 2022)

Vorsitz 2001/2002 und 2017/2018



Nordrhein-Westfalen



Nathanael Liminski Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 2022)

Vorsitz 2002/2003 und 2018/2019



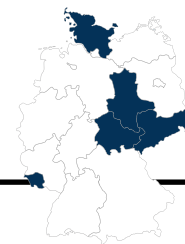
Rheinland-Pfalz



Heike Raab Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und Medien (Staatskanzlei) (seit 2015)

Vorsitz (1992/1993), 2003/2004 und 2019/2020





Saarland

David Lindemann Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter für Europaangelegenheiten (seit 2022)

Vorsitz 2004/2005 und 2020/2021



Sachsen

Katja Meier Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (seit 2019)

Vorsitz 2005/2006 und 2021/2022



Sachsen-Anhalt

Rainer Robra Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt (seit 2002)

Vorsitz 2006/2007 und 2022/2023





Schleswig-Holstein



Werner Schwarz Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein (seit 2022)

Vorsitz 2007/2008



Thüringen



Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei (seit 2020)

Vorsitz 2008/2009





Dr. Kirsten Scholl spricht als Vertreterin des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der 89. Europaministerkonferenz in Brüssel zur aktuellen Situation in der Ukraine und zum Thema Strategische Souveränität in Europa.

Vorstellung der Ständigen Gäste der EMK



Die Konferenzen bieten stets die Gelegenheit zum direkten Austausch mit den Ständigen Gästen, so auch hier im Rahmen der 90. Sitzung der EMK am 28. September 2022 im Bauhaus Museum in Dessau, zu der Frau Overkämping über die aktuellen Herausforderungen des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union berichtete.

An der EMK nehmen das Europäische Unions-Ausschusseksretariat des Bundesrates, das Büro des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union, Vertreter der Bundesregierung (Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) und jeweils die Leitung der EU-Kommissionsvertretung und des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland als Ständige Gäste teil. Sowohl auf Arbeitsebene als auch bei den politischen Konferenzen sind regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter der genannten Institutionen vertreten. Dies dient zum einen der engen Verzahnung mit den wichtigen Adressaten der Beschlüsse der EMK, als auch einem unmittelbaren Austausch und der Möglichkeit frühzeitig Positionen zu erkennen und zu diskutieren – eine „win-win“ Situation für alle Beteiligten.

Wir haben die Stimmen der Ständigen Gäste für Sie gesammelt: >>

Stimmen der Ständigen Gäste der EMK

Auswärtiges Amt

Die EMK ist lebendiger Ausdruck einer deutschen Europapolitik, die auf vielen Ebenen stattfindet: in Brüssel, in Berlin, aber ebenso vor Ort in den einzelnen Bundesländern. Dort spiegelte sie von Anfang an die bereichernde Vielfalt unseres Landes wider – eine Vielfalt, die auch Europa stärkt.

Dass sich die Länder über die EMK aktiv an Europa und seiner Weiterentwicklung beteiligen, wissen wir sehr zu schätzen – in unseren gemeinsamen europapolitischen Diskussionen und ebenso bei der ganz praktischen Umsetzung „Europas“ in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger.

Ob es um die Rechtsstaatlichkeit oder die Zukunftskonferenz, um das Arbeitsprogramm der

Europäischen Kommission oder das Fit-for-55-Programm geht – die Sichtweise der EMK und ihrer Mitglieder ist für den Bund und das Auswärtige Amt wichtig und erhellend. Sie vermittelt dem Bund eine unmittelbare Perspektive auf das Wirken der europäischen Politiken. Ein intensiver Austausch ist für beide Seiten gewinnbringend und liegt mir daher sehr am Herzen.

Es liegt dabei in der Natur der Sache, dass Bund und Länder immer wieder neue Wege finden müssen, das institutionelle Gefüge gemeinsam auszuleuchten. Das ist elementarer Teil der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen beiden Ebenen – den Ländern und dem Bund – und zugleich Ausdruck gelebter verfassungsrechtlicher Kultur.

Diese für alle Seiten befruchtende Zusammenarbeit und den steten Dialog setzen wir sehr gerne gemeinsam fort. Mich freut es sehr, dass wir Europa in diesen besonderen und herausfordernden Zeiten gemeinsam gestalten. Davon profitieren nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Menschen in Deutschland und in der gesamten Europäischen Union!

Botschafter Michael Clauß, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, informiert die EMK-Mitglieder regelmäßig bei ihren Konferenzen über aktuelle europapolitische Themen – so auch hier i.R.d. 89. EMK in Brüssel.



Dr. Anna Lührmann,
Staatsministerin für
Europa und Klima im
Auswärtigen Amt

”

„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“: Das scheint mir eine passende Beschreibung für die jetzt seit dreißig Jahren erfolgreiche Europaministerkonferenz (EMK).



Sven Giegold,
Beamteter
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

Stimmen der Ständigen Gäste der EMK **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Länder,

im Jahr 1992, dem Gründungsjahr der EMK, wurde in Maastricht der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet. Zugleich standen die Mitgliedstaaten – damals noch „nur“ zwölf – kurz vor der angestrebten Vollendung des Binnenmarkts und der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR).

Heute, 30 Jahre später, sind die Aufgaben zur Vertiefung der Europäischen Integration und zur Bewältigung von Krisen nicht kleiner geworden. Europäische Integration, soll sie bei den Menschen ankommen, ist dabei nicht nur Aufgabe des Gesamtstaates, sondern aller seiner Ebenen, einschließlich der Länder. Auch Sie stehen damit in der Verantwortung, dass die Europäische Integration gelingt, funktioniert und voranschreitet.

Die EMK als Fachministerkonferenz der Europaministerinnen und Europaminister ist neben dem Bundesrat das Zentrum der europapolitischen Koordination der Länder.

Die EMK hat im Rahmen von inzwischen 90 Treffen die europäische Integration begleitet und mit zahlreichen Gesprächspartnern aus der Bundesregierung, Brüssel und anderen Mitgliedstaaten den Dialog gesucht. Gemeinsam haben Sie 387 gemeinsame Beschlüsse gefasst, im Durchschnitt 4,3 Beschlüsse pro Treffen – das ist ein beachtliches Pensum. Mit ihnen setzen Sie wichtige Impulse für Länderinteressen gegenüber der Bundesregierung und den Entscheidungsträgern in Brüssel. In der Bundesregierung werden wir Ihre Impulse gelegentlich unbequem finden, schätzen tun wir sie aber stets. Ich bestärke Sie, diese wertvolle Partnerschaft fortzusetzen.

Es ist eine gute Tradition, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz als Ständiger Gast zur EMK und in ihre vorbereitenden Gremien eingeladen wird. Diese Möglichkeit, mit Ihnen in regelmäßigem Dialog zu sein, ist für uns wertvoll. Sachverstand steuern wir gerne bei. Ihre Beschlüsse finden Gehör und werden in die Positionierung der Bundesregierung einbezogen.

”

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und wünsche der EMK weiterhin eine gewichtige Stimme!

Stimmen der Ständigen Gäste der EMK

Bundesrat

Die EMK leistet wichtige Beiträge, in dem sie übergeordnete europapolitische Fragestellungen und Querschnittsthemen – vielfach mit einer inhaltlichen Positionierung – aufgreift und diese in die verschiedenen Politik- und Gesellschaftsbereiche hineinträgt und dort verankert. Vor allem hat sie sich immer wieder der Aufgabe gestellt, die Ziele, Werte und Grundlagen der Europäischen Union den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen. Europapolitik losgelöst vom politischen Tagesgeschäft in grundsätzlichen Linien und Kategorien zu denken, ist ein großer Verdienst der EMK.

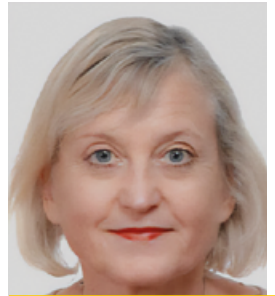
All dies führt auch immer wieder zu anregenden und bereichernden Diskussionen, die auch Querverbindungen zur europapolitischen Arbeit des Bundesrates haben. Die Aufgabenwahrnehmung der EMK stellt eine gute Ergänzung zu der europapolitischen Mitwirkung des Bundesrates dar. Gleichwohl besteht mitunter ein Spannungsverhältnis, wenn sich beide Institutionen mit identischen Themen befassen und mit denselben politischen Gesprächspartnern in den Dialog treten. Für die Zukunft wäre daher zu begrüßen, wenn es mehr

gegenseitige Abstimmung mit dem Ziel einer gut koordinierten Arbeitsteilung zwischen EMK und Bundesrat gibt. Dies würde dazu verhelfen, dass Doppelarbeit vermieden und Ressourcen effizient eingesetzt werden. Es sollte dabei auch im Auge behalten werden, dass allein den Beschlüssen des Bundesrates auf der Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes Verbindlichkeit und Bindungswirkung zukommen.

”

Wir brauchen mehr Europa
und die Europapolitik
muss auf eine breitere
Basis gestellt werden.

In diesem Sinne ist der EMK für die nächsten 30 Jahre gutes Gelingen, Schlagkraft und erfolgreiche, einflussreiche Arbeit zur Stärkung des europäischen Aufbauwerkes zu wünschen.



Ute Müller, Leiterin
des Sekretariats der
Ausschüsse für Fragen
der Europäischen
Union, für Auswärtige
Angelegenheiten und
für Verteidigung



Dr. Jörg Wojahn,
Leiter der Vertretung
der EU-Kommission
in Deutschland/Berlin

Stimmen der Ständigen Gäste der EMK **Vertretung der EU-Kommission in Deutschland**

Die EMK spielt eine zentrale Rolle für die Europäische Integration, weil hier Europaakteure auf allen Ebenen eng und kontinuierlich zusammenarbeiten. Informationen und Entscheidungen werden so „auf kurzem Wege“ in viele Netzwerke, an Partner und so direkt an die Bürgerinnen und Bürger gebracht.

Als Ständiger Gast bei der EMK sind wir immer auf dem neuesten Stand, nehmen aktiv an der aktuellen Diskussion teil und können unsere Anliegen in kompetenter Runde anbringen und verbreiten. Wir schätzen diese langjährige Partnerschaft sehr und können mit Stolz auch auf viele gelungene gemeinsame Projekte zurückblicken. Natürlich möchten wir diese Zusammenarbeit auch in Zukunft beibehalten und weiterhin gemeinsam mit den Ländern europäische Inhalte in die Regionen tragen.

Für uns ist es von großem Wert, insbesondere im EMK-Vorsitzland feste Ansprechpartnerinnen und -partner zu haben, so dass ein Austausch auf kürzestem Wege in beide Richtungen stattfinden kann. Wichtig ist uns insbesondere, die Erfahrungswerte und Informationen aus den

Regionen, aus den Ländern aufzunehmen, um unsere Arbeit noch enger an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten zu können.

Wir wünschen der EMK noch mehr Möglichkeiten, europarelevante Informationen aus den verschiedenen Landesministerien zu bündeln. So können wir die Bürgerinnen und Bürger noch besser für die Europäische Union begeistern. Hier schauen wir besonders auf die europapolitische Bildungsarbeit und damit auf die Koordination mit den Bildungsministerien. „Europa beginnt in der Schule“ ist ein treffendes Motto, die Koordination mit Schulen und Bildungseinrichtungen wird immer wichtiger. Ähnliches gilt z. B. auch für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, also die Regionalpolitik, die viele Menschen für die Europäische Idee begeistert. NextGenerationEU, der Aufbauplan nach der Pandemie, mit dem die Europäische Union Europa gesünder, grüner und digitaler machen will, ist für die Regionen von größter Bedeutung. Hier hoffen wir, noch enger und intensiver mit der EMK zusammenarbeiten zu können.

”

Wir wünschen der EMK und uns also eine noch bessere Bündelung der regionalen „Europapower“ und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

Stimmen der Ständigen Gäste der EMK

Verbindungsbüro des EU-Parlaments in Deutschland

Die Europäische Union – damit verbinden viele Menschen Brüssel, vielleicht noch Straßburg oder Luxemburg, auf jeden Fall aber „weit weg“ und damit auch „nicht so relevant für mich“. Dieser Eindruck ist falsch und gefährlich; auf EU-Ebene werden viele Entscheidungen getroffen, die das tägliche Leben auch der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland stark beeinflussen. Deswegen ist es wichtig, dass die Menschen sich beteiligen – insbesondere alle fünf Jahre bei der Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Diese Bewusstseinsbildung ist eine der Kernaufgaben des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments. Für ein kleines Büro ist es jedoch nicht so einfach, diese Botschaft in die Fläche zu tragen, besonders in einem so großen und vielfältigen Land wie Deutschland. Und hier kommt die Europaministerkonferenz als wichtiger Partner ins Spiel. Auch die Bundesländer sind in der Ausübung ihrer Befugnisse daran interessiert, dass ihre Meinung „in Brüssel“ gehört wird. Neben anderen Kanälen auch über die deutschen Europaabgeordneten. Und wer hat einen

besseren Draht zu den Menschen im Lande als die Bundesländer?

Unsere Zusammenarbeit mit der EMK sorgt dafür, dass in der Europakommunikation in ganz Deutschland auch die Stimme des Europäischen Parlaments gehört wird – umgekehrt ist für uns aber auch immer der Input der Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern interessant; wir hören den Belangen der Länder aufmerksam zu und geben diese in die Zentrale weiter. Eine rundum fruchtbare Sache. Wir hoffen, dass sich die gute Zusammenarbeit auch in der Zukunft fortsetzt.



Herr Pfeifer und Herr Dr. Wojahn führen im Rahmen der **90. Europaministerkonferenz** zum Folgeprozess der Konferenz zur Zukunft Europas aus Sicht der EU-Institutionen aus.



**Georg Pfeifer, Leiter
des Verbindungsbüros
des Europäischen
Parlaments in
Deutschland**



Sabine Overkämping,
Dienststellenleiterin,
der Beobachter
der Länder bei der
Europäischen Union

Stimmen der Ständigen Gäste der EMK **Beobachter der Länder bei der EU**

Der Beobachter der Länder bei der Europäischen Union (LB) ist eine gemeinsame Einrichtung der 16 Länder und berichtet schwerpunktmäßig aus den Ratsformationen. Zentrale Aufgabe ist, die Landesregierungen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) zu unterstützen. Als Ständiger Gast informiert der LB die EMK kontinuierlich.

Die Einrichtung des LB existiert seit über 65 Jahren. Seit 30 Jahren ist die EMK für sie zuständig. Im Zuge der Festlegung im Zustimmungsgesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte, dass die Ländermitwirkung bei der EU-Gesetzgebung über das Bundesratsverfahren erfolgt, ist die Tätigkeit der Einrichtung des LB per Abkommen schwerpunktmäßig auf die Berichterstattung aus den Ratsformationen konzentriert worden. Die EMK gibt Empfehlungen zur Konkretisierung und stellt Weichen, z. B. wenn vor dem Hintergrund der Relevanz für die Länder von TTIP und CETA die Berichterstattung auch aus dem Handelsrat erfolgen soll. Neben der Finanzministerkonferenz genehmigt die EMK auch den LB Haushalt und trifft die notwendigen Führungspersonalentscheidungen.

Die EMK Beschlüsse werden in die LB Berichterstattung aus den Ratsformationen einbezogen. Wenn der Bundesrat vorlagenbezogen Stellung nimmt, so kann die EMK sich grundsätzlich äußern. Das war jüngst der Fall bei dem russischen Angriff auf die Ukraine und seinen Auswirkungen, dem Follow-up Prozess zur Konferenz zur Zukunft Europas und beim Thema Migration. Solche Stellungnahmen, die aktuelle europäische Diskussionen aufgreifen, bilden eine wertvolle Grundlage für unsere Berichte.



Staatssekretärin Raab (Rheinland-Pfalz)
bedankt sich bei Heidrun Dietrich für
ihre langjährigen Verdienste als Leiterin
des Büros des Länderbeobachters.



Gemeinsames Gruppenbild während der EMK unter dem Vorsitz Sachsens.

A blue hourglass with yellow stars, resembling the European Union flag, is positioned on the right side of the header. The stars are scattered across the hourglass and the background.

Rückblick über 30 Jahre Schaffenskraft

Themen der EMK

Das Themenspektrum der EMK ist breit und divers – so fasste die Fachministerkonferenz in den zurückliegenden 30 Jahren Beschlüsse, die von der Weiterentwicklung der Europäischen Union, Jugend in Europa, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Energie- und Klimapolitik über den digitalen Wandel, Rechtsstaatlichkeit in Europa, die Migrations- und Flüchtlingspolitik, den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union bis hin zur Konferenz zur Zukunft Europas und der Förderung der deutschen Sprache reichen.

So facettenreich der Wandel der Europäischen Union in den zurückliegenden drei Jahrzehnten war, so vielfältig waren auch die Themen, mit denen sich die EMK auseinandersetzte. Doch es gab einige Schwerpunkte und wiederkehrende Aspekte, die hervorgehoben werden können:

Zentraler Gegenstand der EMK war und ist die Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Union in all ihren Ausprägungen: Grundwerte, Zusammensetzung der Institutionen, Modalitäten der Entscheidungsverfahren, Kompetenzabgrenzung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips sowie die mit der Erweiterung der Europäischen Union zusammenhängenden Fragen. Zu all diesen Themen wurden regelmäßig Beschlüsse gefasst, in denen die Länder sich positionierten. Vielfach wurden diese Positionen nachfolgend von der Ministerpräsidentenkonferenz und vom Bundesrat übernommen und – entsprechend den Vorgaben des Grundgesetzes – formell der Bundesregierung als Haltung der Länder übermittelt.

Den Ländern gelang es, ihre Vorstellungen der Weiterentwicklung der Europäischen Union und einer verbesserten Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Europäischer Union, Mitgliedstaaten und Regionen in den ab Februar 2002 tagenden Verfassungskonvent einzuspeisen. Der Konvent legte in seinem Entwurf für eine Europäische Verfassung fest, dass das Subsidiaritätsprinzip gestärkt und eine klarere Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und Regionen vereinbart werden sollte.

Den Vertrag von Lissabon vom Dezember 2007, welcher nach dem Scheitern des Verfassungsprojekts im Jahr 2005 ausgehandelt wurde, hat die EMK positiv bewertet, da darin zahlreiche Länderforderungen zur künftigen Ausgestaltung übernommen worden waren.

In Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon durch den Bundesrat im Jahr 2009 haben die Länder über die EMK die bestehende Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union neu ausgehandelt und auch in den Folgejahren Beteiligungsrechte der Länder gegenüber dem Bund eingefordert.



Gespräche am Rande der 90. EMK am 28./29. September 2022 in Dessau-Roßlau (v.l.: Staatssekretär Uwe Becker (Hessen), Staatsrätin Almut Möller (Hamburg), Ministerin Birgit Honé (Niedersachsen) und Abteilungsleiter Dr. Deniz Alkan (Rheinland-Pfalz)).

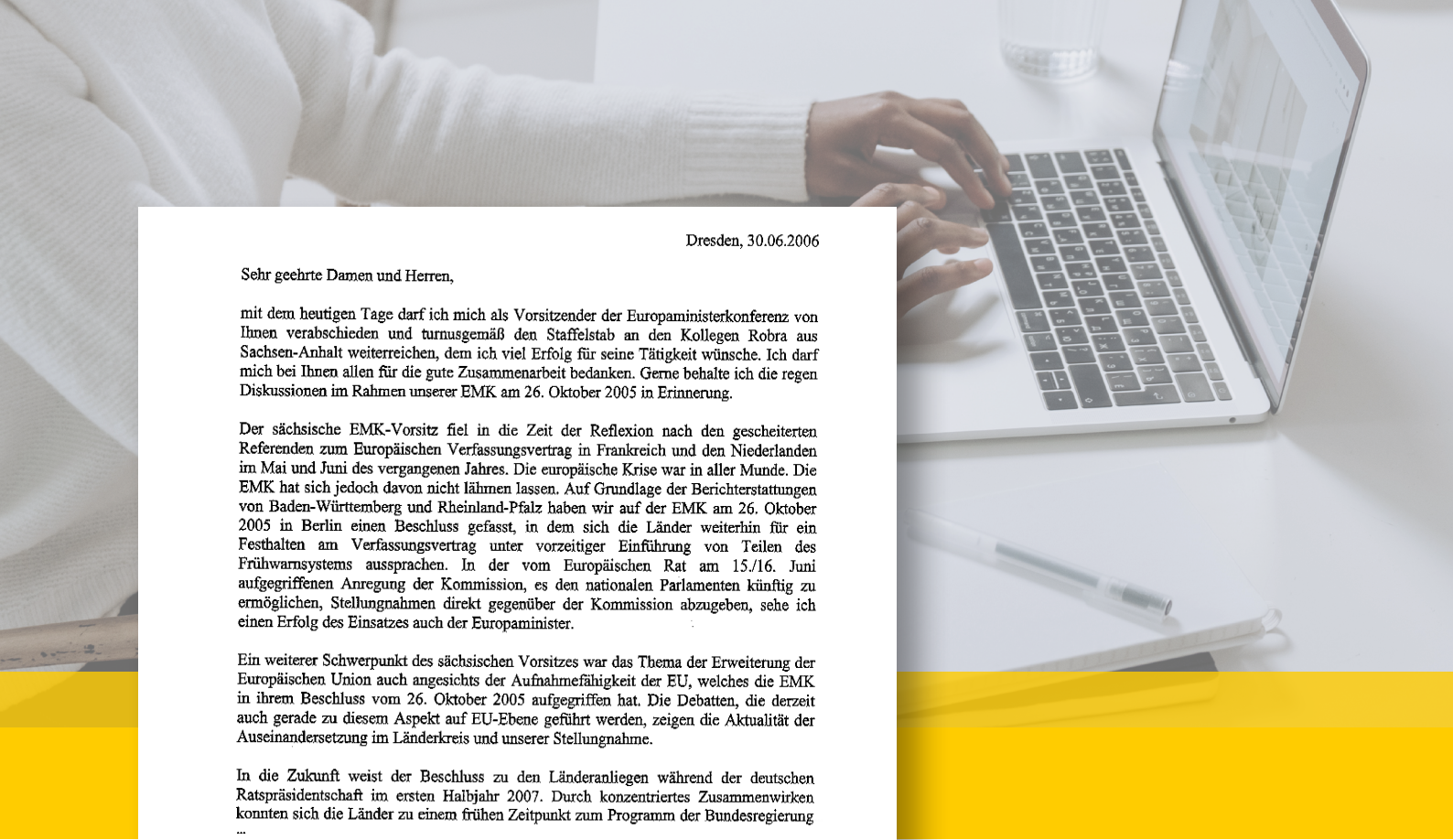


Am 8./9. September 2021 tagte die Europaministerkonferenz unter sächsischem Vorsitz in Chemnitz.

Von Beginn an hat die EMK die Erweiterung der Europäischen Union eng begleitet. Die im Jahr 1992 aus 12 Mitgliedstaaten bestehende Europäische Union wuchs in den Jahren 1995 (Finnland, Österreich, Schweden), 2004 (sog. Osterweiterung: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern), 2007 (Bulgarien und Rumänien) und 2013 (Kroatien) auf 28 Mitgliedstaaten an. Den Austritt des Vereinigten Königreichs mit Ablauf des 31. Januar 2020, durch den sich die aktuelle Zahl von 27 Mitgliedstaaten ergibt, haben die Mitglieder der EMK bedauert und gleichzeitig betont, dass sie auch künftig an den guten und erfolgreichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich festhalten werden.

Die Europäische Union fördert Regionen in den Mitgliedstaaten sowie grenzüberschreitende interregionale Projekte zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts zur harmonischen Entwicklung der Europäischen Union als Ganzes. Auf dieser Kohäsionspolitik lag und liegt wegen der besonderen finanziellen Auswirkungen auf die Länder durchgehend ein besonderer Fokus der EMK.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld der EMK ist die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit. Die Konferenz beschließt regelmäßig über die Organisation und Durchführung der Europawoche der Länder und koordiniert die EU-Projektstage in den Schulen. Neu ist ab 2023 die zeitliche Ausweitung auf Europawochen, die von nun an jährlich ab dem 30. April beginnen und mit Ablauf des Monats Mai enden. Als weiteres Element der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit initiiert die EMK außerdem regelmäßig Aufrufe zur Beteiligung an den Europawahlen.



Dresden, 30.06.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem heutigen Tage darf ich mich als Vorsitzender der Europaministerkonferenz von Ihnen verabschieden und turnusgemäß den Staffelstab an den Kollegen Robra aus Sachsen-Anhalt weiterreichen, dem ich viel Erfolg für seine Tätigkeit wünsche. Ich darf mich bei Ihnen allen für die gute Zusammenarbeit bedanken. Gerne behalte ich die regen Diskussionen im Rahmen unserer EMK am 26. Oktober 2005 in Erinnerung.

Der sächsische EMK-Vorsitz fiel in die Zeit der Reflexion nach den gescheiterten Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni des vergangenen Jahres. Die europäische Krise war in aller Munde. Die EMK hat sich jedoch davon nicht lähmen lassen. Auf Grundlage der Berichterstattungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben wir auf der EMK am 26. Oktober 2005 in Berlin einen Beschluss gefasst, in dem sich die Länder weiterhin für ein Festhalten am Verfassungsvertrag unter vorzeitiger Einführung von Teilen des Frühwarnsystems aussprachen. In der vom Europäischen Rat am 15./16. Juni aufgegriffenen Anregung der Kommission, es den nationalen Parlamenten künftig zu ermöglichen, Stellungnahmen direkt gegenüber der Kommission abzugeben, sehe ich einen Erfolg des Einsatzes auch der Europaminister.

Ein weiterer Schwerpunkt des sächsischen Vorsitzes war das Thema der Erweiterung der Europäischen Union auch angesichts der Aufnahmefähigkeit der EU, welches die EMK in ihrem Beschluss vom 26. Oktober 2005 aufgegriffen hat. Die Debatten, die derzeit auch gerade zu diesem Aspekt auf EU-Ebene geführt werden, zeigen die Aktualität der Auseinandersetzung im Länderkreis und unserer Stellungnahme.

In die Zukunft weist der Beschluss zu den Länderanliegen während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Durch konzentriertes Zusammenwirken konnten sich die Länder zu einem frühen Zeitpunkt zum Programm der Bundesregierung ...

Wiederholt bekräftigte die EMK die Notwendigkeit, die Europakompetenz der Landesbediensteten durch geeignete Qualifikationsmaßnahmen und durch die Förderung von Berufserfahrungen in europäischen Institutionen zu stärken.

Seit der Ratifizierung des Lissaboner Vertrages im Jahr 2009 stehen vermehrt aktuelle politische Fragestellungen und Querschnittsthemen mit EU-Bezug, z.B. Klima- und Energiepolitik, Fragen des Binnenmarkts oder der Migrations- und Flüchtlingspolitik auf der Tagesordnung.



Zu den Sitzungsorten zählen auch außergewöhnliche und inspirierende Orte, wie die „Area 42“ in Brüssel.

Konferenzen

In den letzten 30 Jahren hat die EMK insgesamt 90 Mal offiziell auf politischer Ebene getagt. Waren es in den ersten zehn Jahren teilweise auch mehr als drei Sitzungen pro Jahr, reduzierte sich die Tagungshäufigkeit zwischen 2003 und 2009 auf ein bis zwei Sitzungen (zumeist in Berlin und/oder Brüssel), um sich sodann auf bis zu drei Sitzungstermine zu verstetigen. Diese fanden in den letzten Jahren regelmäßig im Vorsitzland sowie in Berlin und Brüssel statt.

Themenbezogen werden externe Gäste zu den Konferenzen eingeladen, insbesondere zu grundsätzlichen Themen, zur Vorbereitung von Berichten und Beschlüssen der EMK, zur Reflexion und Diskussion von Beschlüssen. Dabei handelt es sich zum Teil auch gezielt um Praktikerinnen und Praktiker, die einen wichtigen Beitrag zum Meinungsbildungsprozess liefern können und die kritische Reflexion und Diskussion bereichern.



Seinerzeit Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sprach als Gast der 57. EMK in Brüssel zur künftigen Rolle des Europäischen Parlaments in einer möglichen neuen europäischen Vertragsarchitektur.



Frans Timmermans, EU-Kommissar für Klimaschutz, nahm als Gast am Treffen der EMK am 8. Februar 2022 unter Vorsitz des Freistaates Sachsen teil, das pandemiebedingt virtuell stattfand.

Insbesondere bei den Konferenzen in Brüssel tritt die EMK mit einer Vielzahl hochrangiger Gäste, sei es aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, dem Rat der Europäischen Union, dem Ausschuss der Regionen oder der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Austausch.

Seit der Covid-19-Pandemie sammelte die EMK erstmalig auch Erfahrungen mit virtuellen und hybriden Formaten.



Vorsitzender der EMK 2009/2010, Dr. Wolfgang Reinhardt, im Gespräch mit dem damaligen Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy am Rande der 48. EMK in Brüssel.



Schlaglichter – die EMK im Wandel der Zeit

Im Januar 2007 fand unter dem Vorsitz Sachsen-Anhalts eine **Konferenz zur „Föderalismusreform und Europa“** in Magdeburg statt. Sie sollte Wege aufzeigen, wie das europapolitische Zusammenwirken von Bund und Ländern verbessert werden kann. Seit der Einführung des Europa-Artikels (Art. 23) in das Grundgesetz im Anschluss an den Maastricht-Vertrag waren 15 Jahre vergangen: in dieser Zeit hat sich die Europäische Union wesentlich weiterentwickelt. Bund und Länder konnten auch ihre Erfahrungen im Umgang mit einer sich dynamisch entwickelnden Europäischen Union und deren Rückwirkungen auf die nationale Ebene sammeln.

Die EMK beschäftigte sich seinerzeit u. a. mit den Themen der Beibehaltung der für die Regionen und Kommunen wesentlichen **Fortschritte des europäischen Verfassungsvertrages**, mit der **Beschleunigung des Bürokratieabbaus in Europa**, der Erhaltung regionaler und kommunaler **Gestaltungsspielräume bei öffentlichen Dienstleistungen**, der **gleichberechtigten Verwendung der deutschen Sprache** als Arbeitssprache der Europäischen Union sowie mit der **Verbesserung der Information** der Bürgerinnen und Bürger **über die europäische Politik**.

In den Jahren 2007/2008 spielte vor allem der **EU-Reformvertrag** (Vertrag von Lissabon) eine zentrale Rolle für die Länder, die i. R. d. 43. Sitzung der EMK unter Vorsitz Schleswig-Holsteins ihre Unterstützung im Ratifizierungsverfahren zusicherten. Zu den wesentlichen Fortschritten des Vertrags für Regionen und Kommunen zählten unter anderem die Stärkung der nationalen Parlamente durch das Subsidiaritätsfrühwarnsystem, das Klagerecht bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip, die vertragliche Verankerung der Förderung des territorialen Zusammenhalts als Ziel der Europäischen Union sowie die Stärkung des Ausschusses der Regionen. Angesichts der anstehenden Europawahlen 2009 und stetig sinkender Wahlbeteiligung widmete sich die EMK auch der Frage der **besseren Vermittlung des Europagedankens in der Öffentlichkeit**. Darüber hinaus stand die **Zukunft der Kohäsionspolitik** im Mittelpunkt der Beratungen.

Unter Thüringer Vorsitz fand im Rahmen der Europawoche 2009 ein „Fachgespräch der EMK der deutschen Länder“ statt. In dem öffentlichen Expertengespräch ging es insbesondere um die **Wahlbeteiligung** und die **Rolle der Medien bei der Vermittlung von EU-Kompetenzen**. Ziel dieser Veranstaltung war es, mit Medienvertretern in ein direktes Gespräch nicht nur über Fragen des Länderbeitrages zur Wählermobilisierung, sondern auch über die Wahrnehmung der europapolitischen Informationsfunktion der Medien zu treten.



Die EMK-Mitglieder diskutieren in Brüssel ihre Positionen zur Zukunft der Regionalpolitik ab 2013 mit dem damaligen EU-Kommissar, Dr. Johannes Hahn, und setzten sich dafür ein, dass die EU-Strukturpolitik stärker als bisher auf die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet wird.



Ministerpräsident a.D.,
Dr. Edmund Stoiber spricht zur
51. Europaministerkonferenz.



Staatsministerin Melanie Huml
bei einem Wortbeitrag im Rahmen
der 90. Europaministerkonferenz
im September 2022.

Der Freistaat Bayern übernahm den Vorsitz der EMK zuletzt
2010/2011. Besonderes Highlight des Vorsitzes war die
51. EMK, die im Kloster Waldsassen stattfand.

Schon damals stand das **Thema Bürokratieabbau** auf der bayerischen
Agenda. Im Austausch mit Ministerpräsident a. D., Dr. Edmund Stoiber,
der zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe
unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten war,
konnte das Thema vertieft werden. In ihrem **Beschluss „Intelligente
Regulierung“** forderten die Mitglieder der EMK ein Gremium für
Folgenabschätzungen – wie es die Kommission heute mit dem „Regulatory
Scrutiny Board“ in ähnlicher Form eingerichtet hat. Weitere Themen
waren die Reform des EU-Finanzsystems und der Klimaschutz.

Insbesondere zwei Themenkreise beschäftigten die EMK 2011/2012 unter dem Vorsitz des Landes Berlin:

Das „Europa der Projekte“ mit Maßnahmen in den Bereichen **EU-Haushalt, Strukturmittel, Kohäsionspolitik und Forschungs-Rahmenprogramm** sowie das „Europa der Solidarität“ mit Blick auf die **Stärkung des sozialen Europas und der Daseinsvorsorge**.

Die EMK setzte sich angesichts der Nuklearkatastrophe von Fukushima im März 2011 auch mit den europäischen Regelungen zur **atomaren Sicherheit** auseinander. So wies sie in ihrem Beschluss vom 2./3. November 2011 auf die Notwendigkeit der Überarbeitung des Euratom-Vertrags und den Bedarf der Förderung erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz für eine zukunftsfähige europäische **Energiepolitik** hin.

Ein weiterer wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt war die Abstimmung und Sicherung der Beteiligungsrechte der Länder an der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) sowie dann im Rahmen der Ratifizierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zum Fiskalpakt. Dazu wurde eine Bund-Länder-Vereinbarung zum sogenannten „Stabilisierungsmechanismusgesetz“ geschlossen, mit der die Informationsrechte der Länder gesichert wurden.



EU-Kommissar a. D., Günther Oettinger, nahm als Gast zum Thema Energie- und Klimapolitik der EU an der 57. Europaministerkonferenz teil, die im Ausschuss der Regionen in Brüssel tagte.



Wiederholt hat die EMK für ihre Sitzungen in Brüssel auch die Räumlichkeiten des Ausschuss der Regionen genutzt, wie hier für die **64. Sitzung am 20.03.2014** (m. mit Kopfhörer die damalige EMK-Vorsitzende Frau Staatsrätin Ulrike Hiller, Bremens Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, mit dem damaligen Präsidenten des AdR, Ramón Luis Valcárcel).



EMK-Vorsitzender **2012/2013** Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers im Rahmen der **60. EMK** in Potsdam.

Unter Vorsitz Brandenburgs befasste sich die EMK 2013 erstmals mit der **sozialen Dimension der Europäischen Union**. Nach intensiven Diskussionen konnte schließlich unter Vorsitz Bremens von der 65. EMK 2014 der **Beschluss „Soziales und wettbewerbsfähiges Europa“** verabschiedet werden. Die Mitglieder der EMK sprachen sich darin dafür aus, „dass bei der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion auch die soziale Dimension gestärkt wird“. Einen weiteren Beschluss hierzu fasste die 77. EMK 2018 unter niedersächsischem Vorsitz und betonte die **Bedeutung der Europäischen Säule Sozialer Rechte**.

2013/2014 nahmen die Europaministerinnen und -minister unter Vorsitz Bremens unter anderem die Lebens- und Arbeitssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Europa in den Blick. In ihrem Beschluss **„Jugend in Europa“** betonten sie, dass eine erfolgreiche europäische Jugendpolitik nicht nur auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen abstellen dürfe, sondern insbesondere auch Instrumente zur Steigerung der Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in der europäischen Politik (z. B. durch den sogenannten Strukturierten Dialog) sowie die Anerkennung von Kompetenzen, die außerhalb der klassischen Schulbildung erworben werden (non-formales und informelles Lernen) maßgeblich seien. Zudem beschäftigte sich die EMK erstmals mit der **Situation der Roma-Minderheit in Europa**.



Das Thema Jugend in Europa zählt zu den Kernthemen der EMK. Auch **2022** anl. des Europäischen Jahres der Jugend tauschten sich die Länder mit Tobias Bütow, Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks und Natascha Sander, Bereichsleiterin für EU-Jugendprogramme der Europäischen Kommission über die aktuellen Herausforderungen und Chancen der europäischen Jugendarbeit aus.

Der Start des Hamburger EMK-Vorsitzes 2014/2015 unter Staatsrat Wolfgang Schmidt stand ganz im Zeichen des **Neustarts nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014**, der Wahl von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten im Juli 2014 und dem Start der neuen Europäischen Kommission im November 2014. Insofern lag der Schwerpunkt der Aktivitäten des Vorsitzes zunächst darauf, die neuen Akteure in Brüssel und Straßburg und ihre politischen Prioritäten kennenzulernen. Im Januar 2015 formulierten die EMK-Mitglieder ihre zentralen europapolitischen Anliegen gegenüber den EU-Institutionen im **Beschluss „Europa der Regionen“**. Auf den drei EMK-Sitzungen in Berlin, Brüssel und Hamburg wurde intensiv über aktuelle europapolitische Themen diskutiert. Dabei standen unter anderem aktuelle Fragen der **EU-Handelspolitik** (TTIP, CETA etc.), die **Entwicklung eines europäischen Arbeitsmarktes**, die **Herausforderungen der EU-Asylpolitik** oder das **Europäische Jahr der Entwicklung** im Mittelpunkt.



Im Juli 2015 ging mit der Übergabe der Glocke der EMK-Vorsitz von Staatsrat Wolfgang Schmidt (Hamburg) an Staatsministerin Lucia Puttrich (Hessen) über.



Der EMK-Vorsitz Hessen lud im Rahmen der 70. EMK zu einem Kaminabend in die Landesvertretung Brüssel. Daran nahm auch EU-Kommissar Günther Oettinger teil.

Im Rahmen der 69. Konferenz im November 2015 in Wiesbaden widmeten sich die EMK-Mitglieder unter hessischem Vorsitz erstmalig dem Thema **Digitalisierung** und den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen auf das Zusammenleben. Sie unterstrichen dabei die Bedeutung hoher **Verbraucherschutzstandards** als Grundvoraussetzung für die Fortentwicklung der Digitalen Agenda, für einen prosperierenden digitalen Binnenmarkt und die mündige Mitwirkung der europäischen Bürgerinnen und Bürger im digitalen Markt.

Zu weiteren Schwerpunktthemen zählten die **Migrations- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union**, die Fortentwicklung der **Wirtschafts- und Währungsunion** und die **Sicherung des Industriestandorts Europa**.



Als Rahmenprogramm zur 74. EMK in der Hansestadt Wismar lud das Vorsitzland Mecklenburg-Vorpommern die Teilnehmenden zu einer gemeinsamen Ausfahrt auf der Hansekogge ein.

Das **Brexit-Referendum** im Vereinigten Königreich hatte auch seine Auswirkungen auf die Agenda der EMK: Während ursprünglich die Themen „Zukunft der Europäischen Union“ und die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union im Vordergrund des Vorsitzes Mecklenburg-Vorpommerns standen, wurde im Rahmen der 73. EMK in Brüssel ein Beschluss zum Brexit auf den Weg gebracht und erfolgreich auch durch die Ministerpräsidentenkonferenz und das Bundesratsplenum angenommen.

Dadurch wurde die Beteiligung der Länder mit eigenem Vertreter in der Ratsarbeitsgruppe Brexit sowie die Einrichtung der informellen Bund-Länderarbeitsgruppe Brexit erreicht. Letztere hat insbesondere bei der **Abstimmung der Brexit-Übergangsgesetze von Bund und Ländern** eine entscheidende Rolle gespielt und besteht angesichts der noch immer offenen Fragen bei der Umsetzung des Austrittsabkommens weiter fort.



An der 75. Europaministerkonferenz im hannoverschen Schloss Herrenhausen nahm auch Jean Asselborn, luxemburgischer Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, als Ehrengast teil.

Unter Vorsitz Niedersachsens fanden zwischen Juli 2017 und Juni 2018 drei Konferenzen statt: in Hannover, Berlin und Brüssel. Angesichts der seinerzeit **erstarkenden europafeindlichen Rechtspopulisten** bekannte sich die EMK nachdrücklich zu einem geeinten, offenen und demokratischen Europa. Sie machte unmissverständlich deutlich, dass sie diesen Positionen wie auch menschenverachtenden und nationalistischen Parolen mit allen demokratischen Mitteln entgegengetreten wird.

Umso wichtiger war es den Ländern, auch die Bedeutung des **dezentralen Ansatzes in der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit** hervorzuheben. In ihrem Beschluss zur **strategischen Kommunikation** betonten sie die Rolle der Länder als Bindeglied zwischen der europäischen, regionalen und nationalen Ebene, um größere Akzeptanz für die Europäische Union zu schaffen und Europa vor Ort zu vermitteln. Als Reaktion auf die Sorbonne-Rede von Emmanuel Macron formulierte die EMK außerdem wesentliche Zukunftsfelder der Europäischen Union: **ihre Rolle in der globalisierten Welt**, die **soziale Dimension Europas** und die **Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion**.



„Europa wird in der Kabine entschieden.“
– die EMK-Mitglieder setzten sich
2019 mit einem gemeinsamen
Wahlauf Ruf für die Europawahl ein.

Im Frühjahr 2019 startete die EMK unter dem Vorsitz Nordrhein-Westfalens einen öffentlichkeitswirksamen **Wahlauf Ruf zur Europawahl 2019** im Dortmunder Fußballstadion. Unter dem Motto „Europa wird in der Kabine entschieden.“ war es das Ziel, die Bedeutung der Europawahl aufzuzeigen und auf eine höhere Wahlbeteiligung hinzuwirken. Am Wahlauf Ruf beteiligt waren auch Schülerinnen und Schüler, Unternehmerinnen und Unternehmer, Künstler wie Atze Schröder und Sportler wie Sebastian Kehl und Mario Götze.

Unter das Motto „Zusammen sind wir Europa“ stellte Rheinland-Pfalz seinen Vorsitz 2019/20. Die Länder waren dabei anlässlich der 81. EMK-Auftaktsitzung am 25. und 26. September 2019 zu Gast in Trier. Schwerpunkte des Vorsitzes waren unter anderem die **Zusammenarbeit mit Frankreich – Aachener Vertrag**, die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die **Europäische Industrie- und Wettbewerbspolitik** und die **Europabildung**. Wegen des Ausbruchs der **Covid-19-Pandemie** mussten in der zweiten Hälfte des Vorsitzjahrs viele Arbeitssitzungen erstmals virtuell stattfinden. Dennoch gelang es letztlich alle drei EMK-Sitzungen in Präsenz durchzuführen und insgesamt 13 Beschlüsse zu fassen.





Ein gemeinsames Gruppenbild während der EMK unter dem Vorsitz des Saarlandes.



Pandemiebedingt fand die 88. EMK am 8. Februar 2022 unter Vorsitz Sachsens vollständig virtuell statt.

Im Rahmen der 84. Sitzung der EMK im September 2020 tagten unter saarländischem Vorsitz die französischen Regionen und die deutschen Länder erstmals gemeinsam in Perl-Nennig. Damit brachten sie die **besondere Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene** zum Ausdruck. Das Treffen fand vor dem Hintergrund des 2019 unterzeichneten **Aachener Vertrags** statt und widmete sich u. a. der Frage, wie die Zusammenarbeit künftig noch mehr gestärkt und vertieft werden könnte. Schwerpunkt der gemeinsamen Konferenz war außerdem der **EU-Wiederaufbauplan**.

Gast der 88. EMK unter Vorsitz des Freistaates Sachsen war unter anderem Dr. Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die zum Thema **Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union** ausführte. Mit dem einstimmig gefassten Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt (TOP) verdeutlichen die Europaministerinnen und -minister, wie wichtig die Stärkung der rechtsstaatlichen Werte ist. Sie betonten außerdem die Bedeutung der Achtung des Vorrangs des EU-Rechts in allen Mitgliedstaaten, damit die Rechtsgemeinschaft und die justizielle Zusammenarbeit funktionieren kann. Zudem regten sie eine Intensivierung des zwischenstaatlichen richterlichen Austausches an, um einen Perspektivwechsel zu fördern.



Staatsministerin Katja Meier, Vorsitzende der Europaministerkonferenz 2021/2022 im Gespräch mit Frau Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments.



Gruppenbild anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der EMK vor dem Historischen Bauhaus in Dessau.

Für ihre 90. Sitzung tagten die Mitglieder der EMK am 28. und 29. September 2022 in Dessau-Roßlau unter Vorsitz des Landes Sachsen-Anhalt. Fast genau 30 Jahre zuvor hatte sich die EMK im 540 km entfernten Wildbad Kreuth am 1./2. Oktober 1992 konstituiert. Das **Jubiläum** wurde in den inspirierenden Räumlichkeiten des Bauhaus Museums Dessau zum Anlass genommen, auch einen kritischen Blick auf das **Wirken der EMK und die Zukunftsperspektiven der Fachministerkonferenz** zu richten.

Ein Kooperationsprojekt des Jean Monnet Lehrstuhls für interaktive Mehrebenendemokratie in Europa von Prof. Dr. Heidbreder (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg) und des Hamburg-Vigoni Forums unter Leitung von Prof. Dr. Markus Kotzur hat sich wissenschaftlich mit der EMK beschäftigt. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen finden sich auf den Seiten 44-45. Die weiteren Themen der 90. Sitzung standen im Zeichen der aktuellen **Krise im Energiesektor** und des Krieges in der Ukraine. So widmeten sich die Länder u. a. den Fragen der **Energieversorgungssicherheit**, der zukünftigen Rolle und Ausgestaltung der **EU-Erweiterung** sowie der **Lage in der Ukraine**.



Die Pressekonferenz im Anschluss der 90. EMK in Dessau-Roßlau: Almut Möller (Hamburg), EMK-Vorsitzender 2022/2023 Rainer Robra (Sachsen-Anhalt), Uwe Becker (Hessen).



Ausblick Visionäre Flashlights zur Weiterentwicklung der EMK



Zugang zum
Policy Paper

Im Rahmen eines Kooperationsprojekts haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Hamburg-Vigoni Forums und des Jean Monnet Lehrstuhls Magdeburg wissenschaftlich mit der Rolle der EMK als politisches Gremium in der deutschen und EU-Politikgesetzgebung, mit ihrer Schaffenskraft als Fachministerkonferenz im Angesicht eines sich kontinuierlich wandelnden Integrationsprojekts sowie mit möglichen Zukunftsvisionen und Handlungsoptionen der EMK beschäftigt.

Das Ergebnis ist ein Policy Paper, dessen Inhalte im Rahmen der 90. Sitzung vorgestellt wurden.

Zentrale Leitfragen des Policy Papers:

- Welche Rolle spielt die EMK und wie füllt sie ihre Aufgaben aus?
- Inwieweit entspricht das Aufgabenprofil der EMK den gewandelten Anforderungen der Post-Lissabon EU?
- Und welche Potentiale kann die EMK weiter ausschöpfen, um Europapolitik aktiv und sichtbar mitzugestalten?

Zu den zentralen Empfehlungen im Sinne einer aktiven Subsidiarität, in der die Länder als gestaltende Kraft Europapolitik sowohl formen als auch legitimieren und vermitteln, zählen:

**Fokussierung der inhaltlichen Arbeit:
Politische Filterfunktion – „Less is More“**

- Konzentration auf mittel- und langfristige Kernthemen, die politisch einen hohen Koordinationsbedarf erfordern
- Filterfunktion der EMK als Scharnier zur Ministerpräsidentenkonferenz

Zusammenführung europapolitischer Akteure: Profilierungsplattform – „concerted voice“

- Koordinierte politische Vertretung der identifizierten Kernthemen durch Europaministerinnen und Europaminister für den Bundesrat, die Landesvertretungen und die MPK sowie die Option der Koordinierung mit anderen Regionen über den Ausschuss der Regionen oder andere Partnerschaften
- Aktive politische Steuerung durch die EMK

Beförderung des europäischen Gedankens als Stimme der EU in den Ländern – „Political Voice“

- die Europäische Union innerhalb der nationalen politischen Gemeinschaft sichtbar und hörbar machen: Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit
- Stärkung der UAG Europapolitische Kommunikation, die auf Länderebene Europa sichtbarer macht: Europawoche, Wettbewerbe, Adressierung gerade junger Menschen etc.
- Dauerhafte, einheitliche Bespielung des Internetauftritts; klare Pressemitteilungen zu Kernthemen und verstärkte Kommunikation und Außenpräsenz: Responsivität gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern

Operative Funktionsabläufe: Institutionalisierung von 30 Jahren Erfahrung

- Schaffung gemeinsamer Geschäftsordnung
- Gegebenenfalls Schaffung eines eigenständigen Sekretariats
- Konsolidierung der Arbeitsweise, Optimierung der Abläufe und gezieltes Ressourcenmanagement



Frau Prof. Dr. Eva Heidbreder (Jean Monnet Lehrstuhl OvGU Magdeburg) und Herr Prof. Dr. Markus Kotzur stellen ihr Strategiepapier anlässlich 30 Jahre EMK im Rahmen der 90. Sitzung in Dessau-Roßlau vor und präsentieren ihre Handlungsempfehlungen und Visionen für die Zukunft der Fachministerkonferenz.

Fotonachweise

S. 01: Adobe Stock © Grecaud Paul | S. 02: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Viktoria Kühne | S. 03 und 04: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Michael Deutsch | S. 06: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Henning Schacht | S. 07: Adobe Stock/ Bangkok Click Studio | S. 08: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner; Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten Niedersachsen | S. 09: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, Michael Deutsch; Felix Kindermann | S. 10: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner; Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt / Foto: Michael Deutsch | S. 11 u. 12: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt | S. 13: Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten Niedersachsen; Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner | S. 14:

Staatsministerium Baden-Württemberg; Bayerische Staatskanzlei | S. 15: Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Berlin; Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Bildhaus / Karoline Wolf; Fotonachweis: Jan Rathke | S. 16: Daniel Reinhardt; Hessische Staatskanzlei, Thomas Lohnes; Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern | S. 17: Ole Spata; Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Ralph Sondermann; Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Unger | S. 18: Staatskanzlei des Saarlandes, Oliver Dietze; Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Marlen Mieth; Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, Viktoria Kühne | S. 19: Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, Frank Peter; Thüringer Staatskanzlei, Jacob Schröter | S. 20: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner; Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Michael Deutsch | S. 21: Ute Müller

| S. 22: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner; Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | S. 23: Europäische Kommission | S. 24: Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, Viktoria Kühne | S. 25: BMWK, Susanne Eriksson | S. 27: Sächsische Staatskanzlei, Jörg Riethausen | S. 28: Adobe Stock © sergign | S. 29: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalts, Michael Deutsch | S. 30: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung | S. 31: pexels.com, cottonbro-studio | S. 32: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner | S. 33: Ausschuss der Regionen; Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner; Staatsministerium Baden-Württemberg | S. 34: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner | S. 35: Staatsministerium Baden-Württemberg | S. 36: Bayrische Staatskanzlei; Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes

Sachsen-Anhalt, Viktoria Kühne | S. 37: Ausschuss der Regionen | S. 38: Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Marcel Blank; Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalts, Michael Deutsch | S. 38: Senatskanzlei Hamburg; Horst Wagner | S. 40: Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern; Vertretung des Landes Bremen bei der EU; Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten Niedersachsen | S. 41: Staatskanzlei des Land Nordrhein-Westfalen, Mark Hermenau; Staatskanzlei RLP, Harald Tittel | S. 42: Staatskanzlei des Saarlandes; Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meißner | S. 43: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalts, Michael Deutsch | S. 44: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Daniel Meissner | S. 45: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, Michael Deutsch.



Impressum

Herausgeber

Staatskanzlei und Ministerium
für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt
EMK-Geschäftsstelle
Hegelstraße 40-42
39104 Magdeburg

Gestaltung

Müller Marketing GmbH

Druck

Quedlinburg Druck GmbH

Redaktionsschluss

16. Januar 2023



www.europaminister.de

Kontakt Geschäftsstelle Sachsen-Anhalt

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur
des Landes Sachsen-Anhalt
Hegelstraße 41
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/567-6653

E-Mail: emk-vorsitz@europa.sachsen-anhalt.de

Website: www.europaminister.de

Twitter: [#sachsenanhalt](https://twitter.com/sachsenanhalt) #EMK